

Al-Wazir: Energiewende gefährdet

WINDKRAFT Durch Gesetzesreform würde der Bau bereits geplanter Anlagen unwirtschaftlich

Von Christoph Cuntz

WIESBADEN. Alexander Koffka vom Wiesbadener Windenergieprojektierer Abo-Wind hat damit gerechnet, dass die Vergütung von 9,5 Cent, die pro Kilowattstunde erneuerbare Energie gezahlt wird, in dieser Höhe nicht zu halten sein würde. Sein Unternehmen war von einer Reduzierung ab 1. Januar 2014 ausgegangen. Doch jetzt will Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Vergütung rückwirkend schon zum 22. Januar senken. Koffka spricht von „politischem Vandalismus“. Denn wie ein Fallbeil soll die Neuregelung für alle Anlagen gelten, die bis zu diesem Stichtag nicht genehmigt sind.

Abo-Wind hat eine ganze Reihe davon: In jahrelanger Planung hat das Unternehmen den Bau von 27 Windrädern an vier Standorten in Hessen vorbereitet. Viel Mühe, hohe Kosten, die umsonst gewesen sein könnten, weil nichts davon genehmigt ist. Wird Gabriels Reform-Vorschlag Realität, wäre das allein bei Abo-Wind das Aus für Investitionen von immerhin 135 Millionen Euro. Unter die Räder käme beispielsweise ein Windpark in Schlitz, dessen zwölf Anlagen Strom für 22 000 Drei-Personen-Haushalte produzieren würden.

„Stichtag verschieben“

Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) hat jetzt eine Lanze für Unternehmen wie Abo-Wind gebrochen. Er warnt vor den Folgen einer misslungenen Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Durch sie sei in Hessen der Bau von

insgesamt 35 Anlagen gefährdet. Er drängt darauf, den Stichtag auf 31. Dezember zu verschieben. Wer seine Anlage bis dahin gebaut hat, soll weiterhin die seitherige Vergütung erhalten.

Al-Wazir wirbt für diese Lockerung, weil vor allem Anlagen im windärmeren Binnenland unter Gabriels Reform zu leiden hätten. Sie würden unwirtschaftlich. Doch Hessen hat beim Ausbau der erneuerbaren Energien großen Nachholbedarf, sagt der Wirtschaftsminister. Bislang gibt es 700 Windräder, mit ihnen werden zwölf Prozent des Strombedarfs im Land gedeckt. Hessen ist damit weit entfernt vom Bundesschnitt. Den will die neue schwarz-grüne Landesregierung erreichen und die Marge auf 25 Prozent verdoppeln: Immerhin sind derzeit schon weitere 96 Anlagen genehmigt und 400 in Planung.

„Ohne einen konsequenten Ausbau der Windkraft ist die Energiewende nicht zu stemmen“, sagt der Minister.

Er hofft, Allianzen im Bundesrat bilden zu können, um Gabriels strenge Stichtags-Regelung zu relativieren.

Die Opposition im Landtag ist indes gespalten. Die FDP fordert die Streichung der Ökostromförderung und wirft dem Minister vor, dass er sich „massiv für einen Investor starkmacht“ – über alle Bürgerproteste vor Ort hinweg. Die SPD wiederum sieht die Landesregierung in der Pflicht, für mehr Akzeptanz für die Erneuerbare Energien zu sorgen.